

Mit Paul Schief im Studio herzlich willkommen.

In Israel geht die Krisendiplomatie weiter in der Frühst der französische Präsident Emmanuel Macron in Tel Aviv gelandet.

Gleichzeitig werden neue Details über den Angriff der Hamas vom 7. Oktober bekannt und Journalisten konnten uns zum ersten Mal einen besonders schwer getroffenen Ort besuchen. Bei uns hören sie eine Reportage von Tim Kupal.

Am Vormittag haben die Lohnverhandlungen im Handel begonnen.

Hannah Sommersacher meldet sich von den Verhandlungen in der Wirtschaftskammer in Wien. In Spanien haben sich die Sozialisten und die Linken auf einen Koalitionsstil geeinigt, was das für die Regierungsbildung bedeutet.

Fragen wir etwas später in der Sendung unseren Korrespondenten Josef Manola in Madrid und gefälschte Diät-Medikamente sorgen derzeit in Österreich für Aufregung.

Es geht um das Diabetes-Medikament Osempig.

Wir sehen uns die Hintergründe näher an.

Das Wetter war auch im Oktober ausgesprochen warm.

Wird das nach dem September der nächste Rekordmonat, Simon Köhldorfer?

Noch ist er ja noch nicht ganz vorbei der Oktober, aber es wird sicher einer der drei wärmsten seit Aufzeichnungsbeginn. Standaktuell liegen wir auf Platz 1, 0,3 Grad über dem bisherigen Rekord.

Der steht übrigens aus dem letzten Jahr und bis zum Monatsende geht es zwar unbeständig weiter, die Temperaturen bleiben aber überdurchschnittlich.

Außer zu warm ist es in den letzten Wochen auch zu trocken gewesen.

Im September und Oktober hat es bisher nicht einmal halb so viel geregnet wie im langjährigen Durchschnitt.

Es wird also unbeständig, kommt jetzt also der fehlende Regen?

Ja, das ist die gute Nachricht.

Die Trockenheit wird diese Woche spürbar gelindert.

Es wird in mehreren Schüben regnen, teilweise auch kräftig, so wie aktuell in Oberkärnten. Heute Nachmittag und Abend breitet sich der Regen dann auf das ganze Land aus, vorübergehend.

In Summe erwarten wir diese Woche meist 20 bis 70 Liter pro Quadratmeter.

Das ist durchaus beachtlich. Oft kommt der Regen aber über Nacht.

Gerade tagsüber gibt es morgen und auch übermorgen am Feiertag viele trockene Stunden.

Auch etwas Sonne bei 10 bis 18 Grad.

Vielen Dank, Simon Köhldorfer.

Wir beginnen auch heute mit den Entwicklungen im Nahen Osten.

Die israelische Luftwaffe hat nach eigenen Angaben erneut 100 der Ziele im Gaserstreifen bombardiert, mit dem Ziel, eine Bodenoffensive vorzubereiten.

Wann Israel damit beginnt, ist aber nach wie vor unklar.

Ah, das ist eine Reaktion auf die Angriffe

DHMAS vor zweieinhalb Wochen.

Eine Gruppe von Parlamentariern aus Europa durfte sich jetzt in einem schwer betroffenen Ort ein Bild machen.

Tim Kupal war bei diesem Lokalaugenschein dabei.  
Die Schurra-Armee-Basis in Zentral Israel.  
Die Reise zum Schauplatz der Massaker vom 7.  
Oktober beginnt auf der letzten Station für die Terroropfer.  
Von einem zweiten Holocaust spricht der Oberabiner der israelischen Streitkräfte Chaim Eisenberg.  
250 Leichen sind noch immer nicht identifiziert zu verstümmelt.  
Die sterblichen Überrestszenen, eine Reihe von Kühl-Kontainern.  
Auch Masken können den Geruch der Verwesung nicht abhalten.  
Wir arbeiten jetzt schon lange an der Identifizierung der Toten und haben bisher hunderte identifiziert.  
Zu meinem Bedauern können wir auch 17 Tage nach dem Massaker hunderte Leichen noch immer nicht zuordnen.  
Ihr fürchterlicher Zustand macht es uns sehr, sehr schwer.  
In einem Container kleinere Plastiksäcke hier werden abgetrennte Körperteile aufbewahrt, bis sie mit den Ahrproben zugeordnet werden können.  
Sherry aus Jerusalem ursprünglich aus den USA will ihr Nachnamen nicht nennen.  
Sie gehört einem Armee-Team freiwilliger Frauen an, dass sich um weibliche Leichen kümmert.  
Wir haben verstümmelte Körper gesehen.  
Arme, Beine und Köpfe abgeschnitten, Hände, Füße, manchmal nur ein Rumpf.  
Frauen sind vergewaltigt worden, einige so brutal, dass die Beckenknochen oder Beine gebrochen sind, junge Frauen, Kinder, alte Frauen.  
Wir haben immer wieder Alarm gehabt, weil an manchen Leichen Sprengfallen befestigt waren.  
Am Weg in die Kampfzone, wo noch immer Terroristen entdeckt werden, auch die Parlamentarier aus Österreich, Italien und Frankreich müssen Splitterwesten und Helme anlegen. Immer wieder werden Hamas-Theoristen in dem Sperrgebiet, entdeckt immer wieder, sind Explosionen zu hören.  
Zerbrochene Dachziegel, Glassplitter am Boden,  
Kibbutz-Beere, 1000 Einwohner, knapp zwei Kilometer von Gase entfernt, um 6 Uhr früh am Schabbat dringen, schwer bewaffnete Hamas-Theoristen ein.  
Mit einem Traktor über den Sperrzaun, fast jeder zehnte Einwohner wird ermordet.  
Es ist eine düllische Art.  
Ein Familienhäuser, Hollywood-Schaukeln, Blumentöpfe, jetzt überall Einschusslöcher.  
Ausgebrannte Ruine, ein Laufschuh am Boden,  
Babykleidung, ein Blatt Französisch-Hausübung, Blut.  
Auch nach drei Wochen finden Forensiker hier noch immer Körperteile in Häusern, Büschen und G-Steigen erzielt.  
Der Oberrabiner der israelischen Streitkräfte, Chaim Eisenberg.  
Die ersten offiziellen Besucher aus Österreich, ÖVP-IU-Abgeordneter Lukas Mann.  
Wir stehen nicht halbherzig an der Seite Israel, sondern aus vollem Herzen.  
Lund, ÖVP-Nationalratsabgeordneter, Martin Englberg.  
Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir hier wirklich Erhungenzüagen sind von dem, was hier passiert ist. Es ist fürchterlich.  
Ich konzentriere mich im Moment auf meine Arbeit.

Ich bin seit 19 Jahren leider auch für die Gefallenen zuständig, aber niemand hat mich auf so eine Aufgabe vorbereitet. Nicht mich und nicht die Mannschaften, die hier arbeiten. Wir weinen und arbeiten weiter, weinen und arbeiten. Aber jetzt ist erst mal nur die Arbeit wichtig, die Totenzuverlässigkeit zu identifizieren, damit die Familien Gewissheit haben. Wir wollen, dass wir nicht nur die Besucher haben, wenn sie wissen, dass sie von ihnen nach Hause kommen. Und natürlich, das ist sie. Auch nach drei Wochen im Kibbutz-Kindergarten, der Geruch nach Verwesung, am Boden eingetrocknetes Blut vor Kinderbüchern und Legosteinen. Mehrere Bewohner von Beere haben sich am 7. Oktober hier verschanzt. Vergeblich. Erschütternde Schilderungen waren, dass sie in einer Reportage von Tim Kupall er war bei einem Lokalausgang in einem schwer betroffenen Ort in Israel. Und um die Bilder des Krieges und wie man mit ihnen umgehen kann, geht es heute auch in Punkt eins gleich nach dem Mittagsschmal. Da ist die Kommunikationswissenschaftlerin Katharina Lobinger zu Gast. In Israel geht unterdessen die Krise diplomatisch weiter in der Frühe der französische Präsident Emmanuel Macron in Tel Aviv eingetroffen mit seiner Reise. Willt Israel seine uneingeschränkte Solidarität im Kampf gegen den Terror signalisieren und er will sich für eine Waffenruhe und die Befreiung der Geiseln einsetzen. Am Vormittag hat Macron Angehörige der französischen Geiseln getroffen aus Paris-Leonid Heiz. In den frühen Morgenstunden landet die Maschine des französischen Präsidenten am Flughafen von Tel Aviv. Seine erste Station in Israel führt ihn in einen Raum, in dem Angehörige, die seit dem Angriff der Hamas vermissten Französinen und Franzosen sitzen, an jedem Tisch eine Familie. Macron umarmt, hält Hände und hört zu. Meine Mutter und meine Tochter sind tot, erzählen zwei Schwestern. Für Halder Skaldaron, deren Mann und Kind von der Hamas verschleppt wurden, ist Macrons Besuch ein Hoffnungsschimmer. Er konnte uns zwar nicht sagen, ob unsere Angehörigen noch leben, aber er hat uns bestätigt, dass sie Geiseln sind. Ich habe ihm in die Augen geschaut und gesagt, dass ich ihm vertraue. Zu Beginn seines Besuchs hat Macron die Zahl der französischen Geiseln nach oben korrigiert. Bisher war die Rede von einer, mittlerweile weiß man von sechs, drei weitere Menschen mit französischer Staatsbürgerschaft werden vermisst. Die Freilassung aller Geiseln ohne Unterschied müsse jetzt das oberste Ziel sein, sagt Macron bei seinem Besuch beim israelischen Präsidenten Herzog. Das erste Objekt, das wir heute haben, ist die Erleichterung

von allen Städten ohne Distinktion.

Und Macron sichert Israel seine uneingeschränkte Unterstützung im Kampf gegen den Terror zu.

Ich will, dass du nicht lange in dieser Krieg gegen Terroristk sind.

Er spreche schließlich für ein Land, das selbst Terrorattacken erfahren hat.

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel ist es in Frankreich zu einem islamistisch motivierten Angriff auf eine Schule gekommen.

Die Terrorwahnstufe ist auf dem höchsten Niveau.

Bombenwarnungen und Evakuierungen halten das Land seitdem in Atem.

Und auch antisemitische Übergriffe haben stark zugenommen, mannt Israels Präsident.

Wie Sie sind wir sehr besorgt über den enormen

Anstieg des Antisemitismus in der Welt und auch in Ihrem Land.

Macron will sich für eine humanitäre Waffenruhe einsetzen und einen Friedensprozess anstoßen.

Frankreich unterstützt eine Zwei-Staaten-Lösung mit Sicherheitsgarantien für Israel.

Dafür will Macron auch Politiker aus dem arabischen Raum gewinnen.

Doch Frankreichs Gewicht in den Verhandlungen sei eingeschränkt, sagt die Naost-Expertin Agnès Levalois.

Die Position der France, die hat suretet, also inkarniert, bei Jacques Chirac.

Früher hatte Frankreich noch eine Vermittlerrolle etwa unter Jacques Chirac.

Aber seit Sarkozy, Hollande und noch mehr unter Macron

hat man den Eindruck, dass sich das verlagert hat,

dass Israel mehr Unterstützung erfährt

und die Palästinenser-Frage fallen gelassen wurde.

Auch das Verbot von pro-Palästinensischen Demonstrationen

in Frankreich in den vergangenen Wochen

habe diesen Eindruck noch einmal verstärkt.

Zur Stunde spricht Macron mit Premierminister Netanyahu.

Am Nachmittag wird er Palästinenser-Präsident

Mahmoud Abbas im Westjordanland treffen.

Leoni Heitz hat berichtet über die Rolle Frankreichs im Mahanan Osten, im Nahostkonflikt.

In der Deutschen Bucht, nicht weit von der Hochseeinsel Helgoland entfernt, läuft gerade ein großer Rettungseinsatz.

Im Morgengrauen sind dort zwei Frachtschiffe zusammengestoßen.

Nach ersten Informationen ist eines davon bereits gesunken.

Jetzt wird intensiv nach vermissten Seeleuten gesucht, berichtet Andreas Pfeiffer.

Der Zusammenstoß ereignete sich bei Mäßig Stark am Seegang, 22 km südwestlich der Insel Helgoland.

Ein britischer Frachter namens Verity, 91 Meter lang,

hatte sich von Bremen in Richtung der englischen Nordseeküste aufgemacht. Nach der Kollision mit dem wesentlich größeren polnischen Schiff Polesi ist er gemäß noch unbestätigten Informationen gesunken.

An Bord dürften sich sieben Personen befunden haben.

Nach ihnen wird nun unter der Leitung des Havarie-Kommandos Cuxhaven mit Seenot-Kreuzern Hubschraubern unter dem Sensorflugzeug gesucht.

Auch ein Kreuzfahrtschiff beteiligt sich an der Rettungsaktion, an dessen Bord befinden sich mehrere Ärzte.

Ein schiffbrüchiger Mann konnte bereits lebend geborgen werden.

Substanzielle Fragen zur Havarie in der Nordsee sind noch unbeantwortet.

Was ist die Ursache der Kollision?

Welche und womöglich welche gefährliche Fracht hatten die Schiffe geladen?

Dazu ist bislang noch nichts bekannt.

Sichergestellt ist immerhin, dass die Polesi,

der größere Frachter, nur leicht beschädigt und schwimmfähig ist.

Seine Crew aus 22 Personen bestehend ist in Sicherheit.

Wie gut ist Österreich aufgestellt,

wenn es um die demokratischen Strukturen im Land geht?

Das wird mit dem Demokratieindex berechnet,

der heuer zum zweiten Mal durchgeführt worden ist.

Genauer gesagt wird gemessen, wie weit unsere Republik vom Ideal-Zustand einer liberalen Demokratie entfernt ist.

Da zeigt sich, es gibt noch viel Verbesserungsbedarf und nicht nur das.

Im Beobachtungsjahr hat es auch Verschlechterungen gegeben in den Bereichen Grundrechte und Medien.

Stefan Kappach berichtet.

Den Verschlechterungen stehen zum

Teil deutliche Verbesserungen bei der Parteienfinanzierung und bei Antikorruptionsmaßnahmen gegenüber, aber in Summe ist der Demokratieindex ganz leicht, eben auf 57 Prozent gesunken.

Schuld daran ist zum einen ein Absturz im Bereich Medien von 7 Prozentpunkten, wobei auf zu wenig Qualitätsförderung und die weiterhin willkürliche Vergabe öffentlicher Inserate hingewiesen wird.

Dass Medien sterben, gehe weiter, summiert Zoya vom Presseclub Concordia.

Besonders auffällig, dass mangelnde

Bewusstsein von Parteien und Amtsträgern für die Pressefreiheit.

Zoya nennt das Beispiel des Journalisten Franz Miklout, der Missstände in der Klagenfutter Stadtverwaltung aufgedeckt hat, worauf die Justiz gegen ihn vorging und Laptop und Handy beschlagnahmte.

Es kam dann zu einem großen Aufschrei der

Zivilgesellschaft. Es kam auch zum Glück zur Einstellung des Verfahrens nach Interventionen der Justizministerin und der Oberbehörde.

Aber es hätte niemals passieren dürfen, dass das passiert ist.

Ein eindeutiges Alarmsignal.

Es zeigt, dass österreichische Behörden für die Pressefreiheit sensibilisiert werden müssen.

Das gelte auch für Parteien, die Journalisten, die skreditieren, vor allem die FPÖ, aber auch die ÖVP und zuletzt die Wiener SPÖ in Zusammenhang mit der Kleingartner-Fähre.

Markus Hametner vom Forum Informationsfreiheit betont, dass es Null Fortschritte beim Thema Transparenz gebe. Der vorliegende Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz könne noch nicht abschließend bewertet werden.

Berge aber eine große Gefahr, so Hametner.

Bei Anfragen von Journalisten an Behörden sollen davon betroffene Personen von der Anfrage informiert werden.

Das heißt, einerseits wird vorab verraten oder kann vorab verraten werden, dass jemand recherchiert und noch schlimmer.

Es ist momentan kein Schutz vorgesehen, dass verraten wird, wer recherchiert.

Sollte das Informationsfreiheitsgesetz beschlossen werden, könnte das den Gesamtindex um drei bis vier Prozentpunkte anheben, war zu erfahren.

Lose Wernisch, liebe ich vom Verein Demokratieindex, weiß daraufhin, dass die Situation bei den Grundrechten noch das Gegenteil bewirkt.

In dieser Säule ist ein Rückgang von vier Prozent eingepreist.

Wernisch, liebe ich, bringt das aktuelle Beispiel der Femizide, wo die Regierung strukturelle Gegenmaßnahmen vermissen lasse.

Das hört sich jetzt vielleicht sehr hart an, aber dadurch, dass gegen Femizide keine rechtlichen und wirksamen Maßnahmen gesetzt werden, verletzt Österreich tagtäglich das Grundrecht von Frauen auf körperliche Unversehrtheit und Leben.

Und dazu kämen noch Defizite bei den Rechten für Menschen mit Behinderung, beim Minderheitenschutz und bei sozialen Mindeststandards.

Die Lohnverhandlungen sind unser nächstes Thema und zwar dieses Mal nicht bei den Metallern, sondern im Handel.

Da hat die erste Verhandlungsrunde am Vormittag begonnen im Gebäude der Wirtschaftskammer in Wien und von Dratt meldet sich jetzt Hannah Sommersacher.

Guten Tag.

Hallo.

Ja, Hannah, wie lässt sich denn die Stimmung heute beschreiben?

Also die Stimmung würde ich ziemlich nüchtern beschreiben.

Eine leichte Verstimmung habe ich bei Rainer Treffelig erkennen können.

Erster ob man der Handelssparte und eben Chefverhandler für die Arbeit gebe.

Hier heute hat Treffelig kritisiert, dass die Gewerkschaft in den vergangenen Tagen schon einige Punkte aus dem Forderungskatalog ventiliert hat.

Das ist bei Treffelig nicht gut angekommen.

Sein Gegenüber Helga Fichtinger, die

Chefverhandlerin auf Seiten der Gewerkschaft für Privatangestellte, die wirkt dagegen zuversichtlich und kämpferisch, würde ich sagen, die konkrete Forderung der Gewerkschaft.

Kennen wir jetzt noch nicht offiziell, aber aus Verhandlerkreisen haben wir jetzt gehört, dass die Gewerkschaft 11 Prozent fordert.

Das liegt 1,8 Prozent über der zugrunde liegenden Inflation.

Helga Fichtinger hat vor Verhandlungsstaat festgehalten.

Über die Gestaltung haben wir in den letzten Jahren gezeigt, dass wir sehr gerne bereit sind, unterer Helter höher Prozent zu erheben und dafür sozusagen gegen Ende der Gehaltstafel hin abflachendes machen.

Die Reaktion der Arbeitgeber auf die konkrete Forderung jetzt die kennen wir natürlich noch nicht.

Aber vor Verhandlungsbeginn hat Rainer Treffelig zwar die Höhe der Inflation außerstreit gestellt, aber ob das die Basis für unsere Überlegungen ist, ob das die Basis für die Möglichkeit der Gestaltung und der Haltarbeitskräfte ist, das ist ein anderes Thema.

Treffelig hat jedenfalls schon in Aussicht gestellt, dass es heuer schwierig wird.

Wir haben viel über die Metallei in letzter Zeit auch berichtet, wo die Verhandlungen eben so besonders schwierig sind, die hohe Inflation gepaart mit drüben Wirtschaftsaussichten machen es eben nicht leicht, eine Einigung zu finden.

Wie ist also die Ausgangslage im Handel?

Naja noch komplexer als bei den Metallern und zwar aus zwei Gründen.

Erstens wird bei diesen Verhandlungen hier über eine sehr diverse Branche verhandelt.

Da ist der Kfz-Handel dabei, der Einzelhandel mit zum Teil riesigen Konzernen wie Rewe oder Spa und dann auch noch ganz kleinen Einzelhändlern und dann ist der Großhandel dabei.

Und diese Sparten haben sich zuletzt im Detail auch ganz unterschiedlich entwickelt, laut Daten der Statistik Austria hat zum Beispiel der Kfz-Handel von Jenner bis Juli ein ordentliches Umsatz plus erwirtschaftet, ganz anders dagegen der Einzel und vor allem der Großhandel, die haben im ersten halben Jahr beide ein Minus verzeichnet.

Zweitens und das ist noch ein Unterschied zu den Metallern.

Im Handel waren die vergangenen Jahre nicht so gut.

Die letzten vier Jahre sind im Handel bis auf eins in Wahrheit ziemlich schlecht gelaufen.

Heuer liegt der Handel außerdem auf Platz zwei bei den Unternehmensinsolvenzen.

So, das also stärkt die Arbeitgeberseite, sagen wir mal.

Und auf der anderen Seite, und das stärkt das die Argumentation der Gewerkschaft, sinkt zwar jetzt aktuell die Inflation zuletzt auf 6 Prozent, sie ist aber insgesamt sehr hoch, weil für die Lohnverhandlungen wird ja die durchschnittliche Teuerungsrate der vergangenen zwölf Monate herangezogen.

Und die liegt eben bei 9,2 Prozent.

Laut Lohnexperten wie Benjamin Bitschi vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO muss man im Handel also eine echte Gratwanderung meistern.

Die Branche muss es schaffen, attraktiv zu bleiben für Arbeitskräfte, sprich höhere Löhne, das würde dafür sprechen.

Außerdem würde man dann von höheren Lohnabschlüssen auch profitieren, weil der private Konsum gestärkt wäre und der natürlich auch sich dann im Handeln niederschlägt.

Auf der anderen Seite sollte man die Inflation nicht befeuern, also wie gesagt eine Gratwanderung.

Hannah Sommersacher ist für uns bei den Verhandlungen in der Wirtschaftskammer in Wien. Die Ausgangslage im Handel ist also schwierig auch, weil die einzelnen

Unternehmen unterschiedlich gut dastehen wirtschaftlich.

Was heißt das jetzt für die Verhandlungen, die heute begonnen haben?

Na also, ein Abschluss heute ist natürlich ziemlich oder völlig ausgeschlossen.

Wir können davon ausgehen, dass die Positionen da einfach viel zu weit noch auseinander liegen.

Die Gewerkschaft fordert außerdem neben Lohnerhöhungen auch noch eine Arbeitszeitverkürzung.

Hören wir da zu kurz, Helder Fichtinger?

Wir glauben bei einer Branche mit zwei Drittel Beschäftigten von Frauen und einer hohen Teilzeitquote ist es nur fair, dass wir Sozialpartnergespräche aufnehmen und über Arbeitszeitreduktion sprechen.

Dem hat die Arbeitgeberseite gleich einmal eine Absage erteilt und Handelsobmann treffelig hat jedenfalls schon in Aussicht gestellt, dass es heuer neue Wege brauchen wird.

Das heißt, Moa auf das See, weil es 40 Jahre so der Prozess gelaufen ist, wird einfach nicht mehr gehen. Das ist an eine Grenze gekommen, wo es für die Betriebe nicht mehr leistbar ist. Das heißt, wir werden Kreativität brauchen.

Aber wie ein kreativer Abschluss aussieht, da müssen wir uns noch gedulden.

Es sind jedenfalls für den November noch einige Verhandlungstermine angesetzt und möglicherweise zieht sich der Abschluss heuer bis ins Weihnachtsgeschäft.

Bei den Metallern haben diese Woche Betriebsversammlungen begonnen als Zeichen, dass man nicht so leicht nachgeben wird.

Wie kämpferisch zeigt sich die Gewerkschaft im Handel?

Also den Kampfgeist spürt man schon bei Helga Fichtinger.

Im vergangenen Jahr hat es ja auch eine Streikdrohung gegeben.

Soweit sind wir heute natürlich jetzt zum Start der Verhandlungen noch nicht.

Aber die Ausgangslage ist heuer wirklich so schwierig wie schon lange nicht.

Da kann man für die Verhandlungen im Handel nichts ausschließen.

Hannah Sommersacher war das von den Lohnverhandlungen im Handel, die am Vormittag in der Wirtschaftskammer in Wien begonnen haben.

Vielen Dank für diese Informationen.

Sehr gerne.

Um 12.20 Uhr schauen wir in die Ukraine, mehr als eineinhalb Jahre dauert.

Du hast der Krieg Russlands gegen die Ukraine schon und trotzdem hat das Land bisher Stand gehalten.

Zurückzuführen ist es nicht nur auf die massive westliche Hilfe, sondern auch auf die Hilfe aus dem eigenen Land selbst.

So hat der größte Konzern des Landes seit Februar des Vorjahres fast 170 Millionen Euro aufgewendet, um die Kriegsanstrengungen zu unterstützen.

Zum Vergleich, die humanitäre Hilfe aus Österreich liegt bei etwas mehr als 150 Millionen Euro.

Was dieser Konzern genau beigetragen hat, darüber berichtet jetzt Christian Wehrschütz.

Russische Truppen bereiten ukrainischen

Truppen am Schlachtfeld massive Probleme.

Doch Dänen und Deutschen zählt zum Kriegshandwerk.

Auf diesem Gebiet ist ein Betrieb tätig, der aus Holz, Deutschland echte Atrappen herstellt, die russische Angreifer in die Irre führen sollen. Diese Holzkonstruktionen bekommen einen Darnen-Anstrich und sind aus der Luft für Thronen-Biloten oft nur schwer von tatsächlichen Waffen wie Artillerie, Panzer oder Radgeräten zu unterschalten. Auch diese Firma gehört zum Konzern SCM von Rinna-Dachmetov, den betreutensten Unternehmer der Ukraine. SCM spielt eine zentrale Rolle auch in der Stahlindustrie. Sie wiederum ist sehr wichtig für die Widerstandsfähigkeit der Ukraine. Er läutet in Kiev der Brite Chuck Mendoza-Wilson, der Direktor des Konzerns für internationale Beziehungen. Als erstes haben wir Panzerriegel erzeugt, gefolgt von hochwertigem Stahl, der beim Körperschutz verwendet werden kann. Da haben wir bis Jahrhundertfünzigtausend Stück für das Militär produziert. Dann haben wir 200 Unterstände aus Stahl für den Einsatz im Schützengraben hergestellt. Ein besonderes Projekt ist die Erzeugung von mehr als 250 Attrappen, die das russische Militär in die ihre führen sollen. Die Rinna-Dachmetov-Stiftung in Kiev ist die zentrale Anlaufstelle für Planung und Verteilung humanitärer Hilfe im ganzen Land. Achmetov selbst, Drittmedial, kaum in Erscheinung, erstammt das dann jetzt, dass seit 2014 von russischen Separatisten gehalten und schließlich von Russland annektiert wurde. Heimatlos wurde dadurch der Fußball-Club Schachtadonjetzk, dessen moderne Stadion ebenfalls von Achmetov gebaut wurde. Der Club selbst ist Teil der humanitären Hilfe, die der Konzern leistet. Bedankt, Jock Mendoza-Wilsen. Vergangenen Sommer absolvierte Schachtadonjetzk-Freundschaftsspiele in Europa. Mit den Clubs war vereinbart, dass die Einnahmen aus all diesen Spielen für humanitäre Zwecke in der Ukraine verwendet werden. Somit ist Schachta ein wesentlicher Teil unserer unternehmerischen Geisteshaltung. Ein Beispiel ist der Verkauf von Michailo Moudrig an den Club Chelsea. Die Transfersumme von ungerechnet 22 Millionen Euro wurde sofort zur Unterstützung der Ukraine verwendet. Zur humanitären Hilfe zählt, dass Rettungsautos und Medikamente an Krankenhäuser gespendet wurden. Fast 14 Millionen Lebensmittelpakete wurden seit 2014 verteilt. Enorm sind nicht nur die Hilfsprogramme, sondern auch die Verluste, die der Konzern durch Russlands Krieg erlitten hat, erläutert Mendoza-Wilsen. Im ersten Teil des Krieges in Jahr 2014 betrug unsere Verluste durch gewaltsame Übernahme oder durch Beschädigungen etwa 2,8 Milliarden US-Dollar. Nunmehr machen wir gegen die Russen Ansprüche geltend in der Höhe von 17 Milliarden US-Dollar wegen Zerstörung und Einkommensverlusten.

Doch am schlimmsten sind die menschlichen Kosten.  
900 Mitarbeiter sind bisher in diesem Krieg getötet worden.  
13.000 Mitarbeiter wurden bisher eingezogen.  
200.000 zählt der Konzern insgesamt in der Ukraine.  
Viele sind auch beim eigenen Energieversorger tätig,  
der im Winter durch enormen Einsatz die Stromversorgung in der Ukraine aufrechterhalten hat.  
Christian Werschütz hat aus der Ukraine berichtet.  
Und wie es dem kleinen Nachbarland der Ukraine in Moldau geht,  
darüber berichtet heute das Journal-Panorama.  
100.000 ukrainische Flüchtlinge im Land, eine ohnehin schwache Wirtschaft,  
hohe Inflation und dazu die Bedrohung durch den Nahen Krieg.  
Die 2,5 Millionen Moldauerinnen und Moldauer haben es nicht leicht.  
Politisch hat sich das Land weitgehend nach Westen orientiert,  
doch nicht die gesamte Bevölkerung steht dahinter.  
Manche sehnen sich auch nach einem Pro-Russischen Kurs.  
Uns hier hat Putin jedenfalls noch nie etwas getan.  
Ich habe viele Verwandte in Russland.  
Die bekommen alle pünktlich ihre Rente.  
So schlecht kann es also da nicht sein.  
Richtig gut ging es uns doch nur früher, als es noch die Sowjetunion gab.  
Es ist doch Russland, das für die ganze Situation hier verantwortlich ist.  
Und was tun die Leute?  
Sie schimpfen auf die eigene Regierung.  
Wir haben das absolut richtig gemacht.  
Mit unserer Entscheidung für Europa.  
Und die Reportage aus Moldau hören Sie heute Abend ab 18.25 Uhr  
gleich nach dem Abendjournal.  
Bei den Koalitionsverhandlungen in Spanien ist es zu einer Vorentscheidung gekommen.  
Sozialisten und Linke haben sich auf eine Art Koalitionsstil geeinigt.  
Und dazu gehen wir jetzt zu Josef Manola in Madrid. Guten Tag.  
Guten Tag.  
Worauf haben sich denn die beiden Parteien geeinigt?  
Es gibt im Partei, im Waldprogramm,  
des linken Koalitionspartners der Sozialisten,  
also dieser neuen Linkspartei, die sich Summar nennt,  
einige Punkte, die abgestimmt werden mussten.  
Das Wichtigste dabei ist die Erhöhung des Mindestlohns,  
eine alte Forderung der Linkspartei  
und eine Senkung der Wochenarbeitszeit bei Lohnausgleich.  
Diese beiden Punkte waren noch strittig, wenn man so will.  
Es gab eine Debatte darüber, ein Vier-Augen-Gespräch zwischen  
Regierungschef Pedro Sánchez, dem antretenden Premierminister  
und seiner bisherigen Vizepremierministerin,  
Yolanda Díaz, die ja inzwischen die frühere Linkspartei Podemos übernommen hat,

ihr einen neuen Namen gegeben hat und sie eigentlich auch neu ausgerichtet hat.  
Also dieser Abschluss ist eigentlich das erste greifbare Ergebnis  
der Koalitionsverhandlungen von Pedro Sánchez seit der Anfang Oktober  
vom König mit der Regierungsbildung beauftragt wurde.  
Aber jetzt müssen natürlich noch viele Schritte folgen.  
Es ist noch nicht so weit.  
Die Regierung von Pedro Sánchez, die Minderheitsregierung, steht noch lange nicht.  
Sie haben schon angesprochen, dass alles bedeutet noch nicht,  
dass alles fertig verhandelt ist.  
Was muss denn jetzt noch passieren, dass in Madrid die neue Regierung tatsächlich steht?  
Jetzt müssen die weiteren Koalitionspartner oder sagen wir mal so,  
die weiteren Unterstützer der Koalitionsregierung zustimmen.  
Wie in der Regierung ab 2020 war es so,  
dass Podemos und die Sozialisten gemeinsam eine Minderheitsregierung gebildet haben.  
Das ist ja der Plan auch für die kommende Regierung.  
Allerdings brauchten diese beiden Parteien die Unterstützung von anderen Parteien im Parlament.  
Das aufgesplitterte Parlament mit sehr vielen kleinen Parteien ist jetzt zu ordnen.  
Und man muss schauen, wer von diesen kleinen Parteien diese linken Minderheitsregierung  
nochmals zustimmen wird.  
Vermutlich werden das die Linksrepublikan aus Katalonien sein.  
Die waren sehr eifrig, auch als Unterstützer in der vorherigen Regierung dabei.  
Es wird dabei sein, die baskischen Separatisten interessanterweise.  
Auch sie waren sehr eifrig dabei und haben auch für sich einiges in dieser Koalition herausgeholt.  
Die baskischen Nationalisten sind dabei.  
Aber das Entscheidende ist, es geht um eine einzige Partei, die sich sozusagen noch nicht  
entschlossen hat.  
Die sich noch irgendwie in Verhandlungen einbringen muss.  
Und das ist die Partei des früheren Regionalpräsidenten von Katalonien, Carlos Puczdemont.  
Diese Partei hat sieben Sitze, die entscheidend sind.  
Zurzeit sieht es so aus, dass die Linksregierung 172 Unterstützer hätte und braucht 175 für die  
absolute Mehrheit im Parlament.  
Diese drei Stimmen muss man sich jetzt von Carlos Puczdemont holen.  
Die Separatisten werden also wieder das Züngle an der Waage sein, wenn man das alles zusammen  
nimmt.  
Wie groß sind denn die Chancen, dass es zu einer Einigung kommt und damit Pedro Sánchez  
neuerlich die Regierung anführt?  
Ja, dass Sánchez sich mit Carlos Puczdemont einigt und der im Exil lebende Regionalpräsident  
Kataloniens,  
der eigentlich nicht nach Spanien zurückkehren darf, weil gegen einen Haftbefehl ausgestellt wurde.  
Sie erinnern sich an die Ereignisse von 2017.  
Ein illegales Unabhängigkeitsreferendum, das in Unruhen endete Haftbefehle gegen die Anführer  
dieser Unabhängigkeitsbewegung Carlos Puczdemont setzte sich ab.  
Seine Kollegen aus der damaligen Regionalregierung kamen vor Gericht, wurden zu einigen Jahren  
Haft verurteilt, sind inzwischen begnadigt worden.

Jetzt geht es darum, alle Beteiligten an diesem Unabhängigkeitsreferendum, ungefähr 100 Personen, zu begnadigen bzw. eine Amnestie über sie auszusprechen.

Das ist die erste wichtige Forderung von Carlos Puczdemont, in die er auch hineinfallen würde.

Jetzt gibt es eine große Debatte unter Verfassungsexperten, ob so etwas eine Regierung überhaupt veranlassen kann.

Eine Amnestie für Verdächtige, die ein Delikt gegen den Staat begangen zu haben und gegen die die Gerichte noch vorgehen.

Da ist noch einiges offen bis zur Regierungsbildung in Madrid, in Spanien und von dort hat sich Josef Manola gemeldet.

Vielen Dank für diese Einschätzungen.

Bitte gerne.

Jetzt gehen wir nach Südamerika, nach Venezuela, denn dort fordert die Opposition wieder einmal Langzeitherrscher Nicolas Maduro heraus.

Im nächsten Jahr soll es in dem Krisengebeutelten Land frei Wahlen geben.

Das hat die Regierung zugesagt und die Opposition will dabei eine gemeinsame Kandidatin ins Rheinland-Schicken, nämlich die konservative ehemalige Parlamentsabgeordnete Maria Corina Machado.

Das Problem dabei, Machado hat eigentlich Politikverbot und darf nach derzeitigen Stand bei der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr gar nicht antreten. Ernst Kernmeyer.

Für die Anhänger und Anhängerinnen der venezolanischen Oppositionspolitikerin Maria Corina Machado ist der Sieg schon eingefahren.

Bis zum Ende werde man jetzt gehen, rufen sie, nachdem Machado die Vorwahlen der Opposition am Sonntag klar gewonnen hat.

Was dieses Ende sein werde, darüber herrscht bei Machado selbst kein Zweifel.

Wir werden die Wahl gewinnen und Maduro und sein Regime hinauswerfen und wir werden unsere Nation neu aufbauen.

Die 56-jährige Maria Corina Machado, die aus einer reichen Unternehmerfamilie stammt, ist eine der kompromisslosesten Gegnerinnen des Regimes des autokratischen Linkenpräsidenten Nicolas Maduro.

Schon als Parlamentsabgeordnete vor zehn Jahren hat sie internationale Sanktionen gegen Maduro gefordert. Die Regierung hat ihr Politikverbot auferlegt.

Sollte das nicht zurückgenommen werden, darf Machado im nächsten Jahr gar nicht antreten.

Bei der Vorwahl der Opposition am Sonntag hat sie allerdings mehr als 90% der Stimmen erhalten.

Sie wird geschätzt, vor allem weil sie anders als viele andere Oppositionelle immer in Venezuela geblieben ist.

Für Präsident Maduro sind die Vorwahlen nur Betrug, eine Polit-Show der Opposition, um das Land in Aufruhr zu versetzen.

Sie wollen Gewalt und Unruhe schüren. Sie predigen nur Hass, Intoleranz und Drache.

Die Regierung hat erst letzte Woche ein Abkommen mit der Opposition geschlossen, das freie Wahlen im zweiten Halbjahr 2024 vorsieht.

Internationale Beobachter darunter, die Maduro-kritische EU sollen dabei zugelassen werden.

Allen Kandidaten und Kandidatinnen wird Zugang zu den Medien garantiert. Ob das Politikverbot für Machado und andere Kandidaten aufgehoben wird, darüber gibt es aber keine Einigung.

Maduro hat das Abkommen letzte Woche noch gelobt.

Die Übereinkünfte sind gut für den Frieden und für die kommenden Wahlen.

Immerhin haben die USA nach der Einigung die Aufhebung von Sanktionen in Aussicht gestellt.

Venezuela, das Land mit den weltweit größten Erdölreserven soll schrittweise wieder Zugang zu den internationalen Märkten erhalten.

Es ist das Ziel, auf das Maduro hingearbeitet hat. Das Land ist abgewirtschaftet, 90% der Venezuelanerinnen und Venezuelaner leben in Armut.

Trotz allgemeiner Unzufriedenheit rechnet sich Maduro bei den wahlen Chancen aus. Die Armen im Land sind weiterhin auf die Essensrationen des Staates angewiesen, die Maduro immer wieder für politische Zwecke eingesetzt hat.

Und dass sich die ideologisch breitgefächerte Opposition hinter der strengkonservativen Machado sammelt, ist keineswegs sicher.

Das Ende, das Machados Anhängerschaft am Sonntag schon herbeigerufen hat, ist durchaus noch offen.

Berichtet Ernst Kernmaier um kurz nach halb eins kommen wir wieder zurück nach Österreich. Die Wiener Spitalsärztinnen und Ärzte werden am 4. Dezember einen Protestmarsch durch die Wiener Innenstadt machen.

Sie wollen damit ihren Unmut über die Arbeitsbedingungen zum Ausdruck bringen. Die Notversorgung werde an diesem Protesttag aber gewährleistet sein, heißt es heute.

Die Ärztekammer kritisiert heute die Stadt Wien. Dort sei man zu keinen konstruktiven Gesprächen bereit. Katharina Pavlovsky berichtet.

Es reicht, den Wiener Spitalsärzten Beton Stephan Ferrenzi, ob man der Kurier angestellte Ärzte in der Wiener Ärztekammer, seit einem Jahr mache die Stadtpolitik nichts.

Es gebe keine Verhandlungen, um die Arbeitsbedingungen der Spitalsärzte zu verbessern. Am 4. Dezember werden deswegen die Spitalsambulanzen pünktlich schließen, dass er sonst oft nicht der Fall.

Und danach ist ein Protestmarsch durch die Wiener Sitte geplant, es sei als Ultimatum an die Stadt zu verstehen.

Wenn die Stadt Wien weiter auf Stur schaltet, wenn die Stadt Wien weiterhin keine Lösungen anbietet, dann werden wir Eskalationsszenarien haben.

Bis hin zu einem Streik im Frühjahr, der dann zu den Kernarbeitszeiten stattfinden soll.

Nach der Kundgebung in Dezember will die Ärztekammer jedenfalls mit Kampagnen auf die Problematik aufmerksam machen.

Erste Plakate und Flyer mit Slogans gibt es jetzt schon. Ohne uns stirbt Wien ist einer davon.

Es ist zwar ein plakativer Spruch, aber eins muss uns schon klar sein.

Wenn die Spitäler nicht funktionieren, wenn das medizinische Personal ihre Arbeit nicht machen kann, dann kommen Leute zu Schaden.

Das ist einfach die Realität. Ohne medizinisches Personal sterben Menschen, ohne uns stirbt Wien.

Die Forderungen der Spitalsärzteschaft sind klar formuliert.

Wir brauchen 30% mehr Personal, damit wir 30% mehr Zeit für unsere Patientinnen haben.

Damit wir diese 30% mehr Zeit für unsere Patientinnen haben, brauchen wir 30% weniger Bürokratie und 30% mehr Gehalt, damit wieder Leute ins öffentliche System zurückkommen.

Wie ins Gesundheitsstaaträt Peter Hacker, SPÖ mit der Kritik der Spitalsärzteschaft konfrontiert, stellt in einer schriftlichen Stellungnahme fest,

er gehe davon aus, wenn die Ärztekammer 30% mehr Ärzte fordert, dass sie nun ihren Widerstand

gegen die Ausbildung von mehr Ärzten aufgibt,  
weil sonst müsste die Stadt pensionierte Ärztinnen und Ärzte zurückholen.  
Es gebe keine Verhandlungen mit der Ärztekammer, weil die Ärztekammer nicht die gewählte Personalvertretung ist.  
Wenn die Ärztekammer Vorschläge hat, dann soll sie sich mit der Personalvertretung akkordieren, denn diese ist der Sozialpartner, so der Gesundheitsstaatsrat.  
Das Medikament Osempig ist unser nächstes Thema. Es ist eigentlich ein Mittel gegen Diabetes, es hilft aber auch beim Abnehmen.  
Und genau deswegen ist ein wahrer Hype, um dieses Medikament entstanden.  
Zuletzt sind auch Fälschungen dieser Abnehmerspritze in Österreich aufgetaucht.  
Eine Frau musste deswegen im Spital behandelt werden. Woher die Fälschungen ursprünglich kommen, ist noch unklar.  
Die Frau soll das Medikament jedenfalls von einem Schönheitschirurgen bekommen haben.  
Petra Piechler und Beate Tomasowicz berichten.  
Sechs Hausdurchsuchungen haben bereits stattgefunden, heißt es bei der Staatsanwaltschaft Steier, die seit kurzem für den Fall zuständig ist.  
Anlass für die Hausdurchsuchungen, der verdacht, dass gesundheitsgefährdete Arzneimittel in Unlauf gebracht wurden,  
aber auch der Verdacht auf Körperverletzung heißt es bei der Staatsanwaltschaft.  
Die Ermittlungen stehen aber noch ganz am Anfang so eine Sprecherin.  
Auslöser war der Fall einer Frau Salzburg, die nach Verabreichung der Abnehmerspritze im Spital behandelt werden musste.  
Ihre Anwältin, dieser Holzmann.  
Meine Mandantin ist über eine konkrete Werbeschaltung auf dieses sogenannte Abnehmmittel aufmerksam geworden  
und hat dann den ärztlichen Rat bei einem Facharzt der plastischen Chirurgie aufgesucht  
und hat zum damaligen Zeitpunkt ein leichtes Übergewicht, aber sonst keine Erkrankung gehabt.  
Eine unzulässige Vorgehensweise des Mediziners, sagt die Anwältin.  
Als Arzt haftungsrechtlichen Gründen wäre das jedenfalls unzulässig gewesen,  
dieser Patientin im sogenannten Off-Label-Use dieses Medikament zu verschreiben.  
Off-Label ist die Anwendung deshalb bei OZMPIK in der EU nicht das Abnehmmittel zugelassen ist.  
Die Verabreichung liegt so in der Verantwortung des Arztes.  
Wie weit die Patientin über die Gefahren aufgeklärt wurde, ist nicht bekannt.  
Fest steht, dass die jüngste Dosis, die sie bekommen hat, offenbar gefälscht war.  
Aufgrund der Symptome gehen Expertinnen davon aus, dass statt OZMPIK wohl Insulin in der gefälschten Spritze drinnen war.  
Das war auch bei ähnlichen Fällen in Großbritannien so.  
Nimmt jemand aber Insulin zu sich, der nicht Diabetes hat, dann ist das lebensgefährlich.  
Der Vertrieb von Arzneimittel, die Rezeptpflichtig sind, ist in Österreich sehr streng geregelt.  
Die Medikamente werden vom Hersteller an den Großhändler und von dort an die Apotheken geliefert.  
In Ausnahmefällen verfügen Ärztinnen und Ärzte über eine Hausapotheke,  
aber nur dann, wenn es in der betreffenden Region zu wenig Apotheken gibt.  
Doch auch diese Ärztinnen müssen Medikamente bei den Apotheken bestellen.

Eine Hausapotheke dürfte der Schönheitskirurg in Salzburg wohl eher nicht gehabt haben. Man geht davon aus, dass der Arzt die Spritze über einen kleinen Zulieferer bezogen hat, der auch eine Großhandelslizenz in Österreich hat.

Auf jeden Medikament, auf jeder Packung, befindet sich ein spezieller QR-Code, der vor der Abgabe gescannt werden muss.

Jedes Medikament ist damit einzigartig und nachverfolgbar.

Auf den gefälschten Spritzen soll immer wieder der gleiche Code verwendet worden sein.

Wäre das gefälschte Mittel also über die Apotheken verkauft worden, wäre es sofort aufgefallen.

Das ist auch der Grund, warum man bei der Medizinmarktaufsicht davon ausgeht, dass die Abnehmensspritze in Salzburg nicht über legale Wege verkauft wurde.

Ozzimpik zum Abnehmen wird teuer verkauft.

Die Salzburgerin soll pro Spritze 500 Euro bezahlt haben.

Zum Vergleich, eine Insulinspritze kostet nur etwa ein Zehntel davon.

Das Bundeskriminalamt ermittelt, es könnte auch noch weitere Geschädigte geben.

Die Energiewende wird in Österreich gefördert und vorangetrieben mit Sonnenstrom und Windrädern zum Beispiel,

was es für diese Energiewende auch braucht.

Das sind Stromnetze, die mit den neuen Anforderungen zurecht kommen.

Und da kommt die Austrian Power Grid ins Spiel.

Die APG ist für das Stromnetz und die überregionale Versorgung zuständig.

Und sie hat heute bekannt gegeben, dass in den nächsten Jahren 9 Milliarden Euro investiert werden wird, berichtet Volker Obermeier.

Das überregionale Übertragungsnetz der APG besteht derzeit aus einem 7000 Kilometer Stromleitungen.

Das entspricht der Entfernung Wien, Washington, DC.

Um das Netz im Zuge der Energiewende belastbar zu halten und versorgungssicher zu machen, braucht es neben neuen Leitungen zusätzliche Speicher, Trafos oder Steuerungstechnik.

Für APG-Technikvorstand Gerd Kristina ist das unabdingbar, um den Kurswechsel zu schaffen.

Das System sei am Anschlag nicht nur durch den höheren Strombedarf.

Wir haben ein Netz de facto von unseren Großmüttern und Großvätern geerbt.

Diese Reserven haben wir in den letzten Jahren aufgebraucht.

Und jetzt durch den starken Ausbau der Erneuerbaren sind hier keine Kapazitäten mehr verfügbar.

Und es braucht jetzt einfach neue Umspannwerke, neue Leitungen,

damit wir die Erneuerbaren auch integrieren können.

Bei Ausbau und Stärkung der Infrastruktur braucht es eine bundesweit abgestimmte Gesamtplanung,

um jederzeit verlässlich Strom erzeugen und zu den Verbrauchern transportieren zu können.

Wir haben im Westen die Bumspeicherkraftwerke.

Wir haben im Osten das große Potenzial von Wind und Photovoltaik, das beides gilt, das zu verbinden.

Und hier haben wir die größten Herausforderungen, diese Leitungen auch genehmigt zu bekommen.

Fossien will das Unternehmen vor, haben in Oberösterreich und die sogenannte Deutschlandleitung

hinzukommen, Programme für Kärnten und die Ostregion.

Der APG-Vorstand appelliert an die Politik, schnell die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Konkret geht es um das Erneuerbaren Ausbaubeschleunigungsgesetz und das Elektrizitätswirtschaftsgesetz.

Das größte Problem, das wir sehen, ist die Tatsache, dass wir einfach keine Priorisierung von Projekten, die der Energiewende dienen haben. Wir versuchen es jedem recht zu machen, wir versuchen hier niemanden zu bevorzugen und das geht so nicht.

Wir müssen jetzt ganz klar Farbe bekennen, wenn wir die Erneuerbaren wollen, wenn wir die Infrastruktur wollen, dann müssen wir diesen Projekten auch eine andere Priorität zugeteilen.

Rechtliche Voraussetzungen und beschleunigte Genehmigungen sein außerdem notwendig, um die 9 Milliarden Euro bis 2034 überhaupt investieren zu können. Könnten die geplanten Speicher, Digitalisierungs- und Netzausbauprojekte nicht realisiert werden, steht die Zukunft des Landes auf dem Spiel, sagt der APG-Vorstand.

Für den Wirtschaftsstandort Österreich hätte das unabsehbare Folgen.

Für die Konsumenten sollen die Ausbaurkosten kaum spürbar sein, so Kristina.

Unsere Analyse zeigen, wenn wir diesen Netzausbau machen und damit auch Vorteile für die Kunden schaffen,

spricht die Erneuerbaren integrieren können, keinen Rediswirtschaft mehr brauchen, spricht kein Engpassmensch mit, dann geht sich das de facto fast neutral aus.

Allein die nicht vorhandene Netzinfrastruktur zwischen Österreich und Deutschland schlage es sich mit einem Schaden von 2 Milliarden Euro zu buchen,

weil die Preisunterschiede nicht genutzt werden können.

Hinzu kommen die Kosten für den Stopp von Energiequellen, um die Netze nicht zu überlasten.

Am Rande einer Veranstaltung in Wien hat sich Bundespräsident Alexander van der Bellen am Vormittag zu den gehäuften antisemitischen Vorfällen auch in Österreich seit der Eskalation der Gewalt im Nahen Osten geäußert.

Etwa, dass immer wieder israelische Flaggen in Wien und anderen Städten heruntergerissen werden.

Auf die Frage, ob er Handlungsbedarf sieht, sagt Alexander van der Bellen.

Handlungsbedarf besteht jedenfalls, was den Schutz jüdischer Einrichtungen betrifft, die offenbar Tag und Nacht bewacht werden müssen, um sie vor vandalen Akten zu schützen.

Ich würde einmal sagen, es waren ja jetzt ganz junge Leute, die die Fahne israels heruntergerissen haben.

Ich hoffe einmal, sie waren sich nicht bewusst, was sie da machen.

Weil diese Fahne ist ein Symbol, ein Symbol für Israel und Israel wiederum ist ein Symbol oder ist der Zufluchtsort für den Fall, dass alles schief geht sozusagen.

Ein Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden aus allen Ländern dieser Welt.

Und insofern muss man gerade bei diesem Symbol sehr vorsichtig sein und Hände weg davon lassen.

Antisemitismus scheint latent immer vorhanden zu sein.

Ich verstehe nicht, warum, woran wir uns erinnern in Österreich ist.

Allerdings, dass auch Österreicherinnen und Österreicher beteiligt waren am Morden an den Pogromen.

Und was die Hamas angerichtet hat in Israel gerade ist auch ein Pogrom.

Und dieser Schock sitzt sehr tief in Israel, aber nicht nur dort, sondern auch hier bei uns.

Sagt Bundespräsident Alexander van der Bellen.

In den letzten 150 Jahren hat die Universität Wien fast 1600 Ehrungen vergeben, zum Beispiel einen Ehrendoktor-Titel.

Jetzt hat man in einem umfassenden Projekt diese Ehrungen untersucht, man wollte herausfinden, ob unter den geehrten Personen Menschen waren, die durch antisemitische und rassistische Handlungen aufgefallen sind

oder die menschenfeindliche Ideologie unterstützt haben.

Heute hat die Uni Wien die Ergebnisse des Projekts vorgestellt und Tanja Male berichtet.

Ehrendoktorat, Ehrentafel, Ehrenbürgerschaft, Stipendium, Denkmal.

Die Universität Wien hat in den vergangenen Jahren alle durch sie seit 1865 verliehenen Ehrungen untersucht.

Ein großes Unterfangen, den 1577 Ehrungen waren es insgesamt. Historiker Herbert Bosch vom Forum Zeitgeschichte der Uni Wien nennt das Ergebnis.

Also ein Pinal Daumen kann man sagen, bei 1577 Ehrungen und knapp über 80 problematischen und diskussionswilligen Fällen liegen wir bei etwa 5%.

Als problematisch wurden Ehrungen von Personen eingestuft, die öffentlich, antisemitisch, faschistisch oder rassistisch gehandelt haben bzw. derlei propagierten, darunter der Verhaltensforscher und Nobelpreisträger Konrad Lorenz.

Ein weiteres Beispiel ist der Chirurgie-Pionier Theodor Bilhoth, verstorben 1894, der Zeithistoriker und Projektleiter Oliver Radkorp.

Bilhoth ist der erste renommierte Wissenschaftler an der Universität Wien, der 1875 in einem dicken Welzer auf zwei, drei Seiten.

Den rassistischen Antisemitismus als Leitmotiv für künftige Studierende, aber auch Universitätslehrer proklamiert.

Als diskussionswürdig gelten Ehrungen von Personen die menschenfeindliche Ideologien formal aber nicht öffentlich unterstützten, etwa durch Mitgliedschaft bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei NSDAP.

Die personenbezogenen Ehrungen reichen jedenfalls weit in die Geschichte der zweiten Republik hinein, so Herbert Bosch.

Wir kommen schon in die 1990er Jahre hinauf.

Alle betroffenen Personen und Ehrungen sind ab sofort umfangreich gekennzeichnet und kontextualisiert auf den Internetseiten der Universität Wien. Ziel war, so Katharina Kniefatz vom Archiv der Universität Wien.

Problematische und diskussionswürdige Ehrungen auch zu kommentieren und als solches sichtbar zu machen.

Die Universität Wien hat nach intensiven Debatten beschlossen, problematische und diskussionswürdige Ehrungen nicht abzuerkennen, anders als etwa die Universität Salzburg vor einigen Jahren.

Sie haben das seit 2007 wirklich empirisch auf internationaler Ebene nachgewiesen.

Jene Personen, die sich selbstkritisch mit bestimmten negativen Entwicklungen in ihrer nationalen Geschichte auseinandersetzen, haben auch ein deutlich höheres demokratisches Selbstverständnis.

Außerdem wurden, etwa am Campus der Universität Wien, problematische Denkmäler mit QR-Codes

versehen. Wer dort etwa den Code am Bill Roth Denkmal mit seinem Handy kennt, der wird über dessen problematische Vergangenheit aufgeklärt.

Die Kontextualisierung im öffentlichen Raum sei freilich nicht abgeschlossen und werde weitergehen, hieß es heute.

Was bringen Uni-Rankings und wie fair sind solche Bewertungen, das schauen wir uns jetzt an. Anlass ist die letzte Ausgabe des Times Higher Education Uni-Rankings, das Ende September herausgekommen ist, mit einer gemischten Bilanz für die österreichischen Hochschulen. So konnten sich zum Beispiel die Uni Wien und die Uni Innsbruck verbessern, andere sind aber zurückgefallen.

Warum das so ist, ist nicht eindeutig nachvollziehbar und sorgt auch für Kritik. Die renommierte Universität Utrecht in den Niederlanden hat jetzt reagiert und ist aus dem Hochschulranking ausgestiegen.

Robert Schappel berichtet.

Wir wollten einfach keine Zeit mehr dafür investieren und auch sonst keine Ressourcen. Das ist freilich nur das vordergründige Motiv, dahinter steht eine durchaus massive Kritik an der Angewohnheit, Wissenschaft und speziell Hochschulen in Ranglisten pressen zu wollen. Hauptgrund Nummer eins, so Boseman, sei die Überbetonung von Konkurrenz, wo es doch eigentlich das Gegenteil davon brauche, nämlich mehr Zusammenarbeit.

Boseman ist kein Träumer, natürlich ist es dem Spezialisten für Open Access und freien Datenzugang im Hochschulraum klar, dass die Konkurrenz das Geschäft belebt und in gewisser Hinsicht auch das Vitamin der Forschung sein kann, doch das Schielen auf Ranglisten sei einfach kein lohnendes Motiv oder wie er es ausdrückt, selbst wenn es überhaupt keine Hochschulrankings gäbe, bliebe immer noch genug Konkurrenz im System, etwa der Wettbewerb um Fördergelder oder auch das Bullen um die besten Köpfe.

Und nicht zuletzt sei klar, angesichts der Probleme, die wir auf dieser Welt haben, Stichwort Klimawandel und Artensterben, die ganz offensichtlich nur durch einen weltumspannenden Schulterschluss lösbar sein können, sollte auch die Kollaboration mehr Unterstützung bekommen. Die Unis und ihre Disziplinen gleichsam in Silos zu sperren, um sie dort zu vermessen, sei da nicht gerade förderlich.

Kritikpunkt Nummer 2 betrifft die Methoden, also die Frage, wie entsteht aus den Daten eine Maßzahl der Qualität, die dann wiederum den Platz in der Rangliste definiert?

Bossmann hält das Ranking von Times Higher Education, das mit Daten des Verlagsrisen Elsevierzustande kommt, für intransparent und außerdem verzerrend.

So ist etwa der globale Süden in den Datsen so gut wie gar nicht repräsentiert, was dem Geschäftsmodell und genau das sind viele der Rankings, freilich keinen Abbruch tut.

Bossmann hat noch viele weitere Argumente auf Lager, aber letztlich könnte man es auch kurz fassen, sagt er.

Man werde die Wissenschaft nicht den Erbsenzählern überlassen.

Die Universität Wien teilt die Kritik übrigens nur zum Teil, dort heißt es, Uni-Rankings würden jene Unis begünstigen, die bereits ganz vorne sind, trotzdem seien sie aufgrund ihrer hohen internationalen Sichtbarkeit zu wichtig, um sie zu ignorieren.

Das Wiener Staatsballett bekommt eine neue Leiterin, Alessandra Ferri, deshalb Staatsoperndirektor Bogdan Roschitsch und Volksoperndirektorin Lotte de Beer heute Vormittag im

Zuge einer Pressekonferenz bekannt gegeben.

Die Tänzerin folgt damit auf den Schweizer Martin Schlepfer, dieser wollte seinen Vertrag nicht verlängern.

Alessandra Ferri übernimmt die Leitung ab September 2025, Julius Alender.

Sie trägt rund um die neue künstlerische Leitung des Staatsballetts.

Nun steht fest, es wird die italienische Tänzerin Alessandra Ferri.

Sie freut es sich sehr, zur künstlerischen Leiterin einer so prestigeträchtigen Kompanie ernannt worden zu sein.

All ihre Träume hätten sich erfüllt und sie sei jetzt bereit, ihre Erfahrungen aus rund 40 Jahren Tanzkarriere weiterzugeben.

Ferri, die 1963 in Mailand geboren wurde, setzte sich mit ihrer Bewerbung gegen 39 Mitstreitende durch.

Und so entschieden sich Volksoperndirektorin Lotte de Beer und Staatsoperndirektor Bogdan Rostich letztlich für die Tänzerin mit einer so Rostich-einmaligen Laufbahn.

Die Tänzerin steht auch nach wie vor auf der Bühne, beherrscht das klassische Repertoire ebenso wie zeitgenössische Reformen

und hat mit Choreografen wie Wayne McGregor oder William Forsyth zusammengearbeitet.

Sie bringe einen reichen Erfahrungsschatz mit und würde hohen Anspruch mit Leidenschaft für alle Formen des Balletts verbinden, so Lotte de Beer.

In ihrer zukünftigen Funktion an der Spitze des Staatsballetts und der Ballettakademie wird das Einstudieren und die Arbeit mit den Tänzerinnen und Tänzern eine große Rolle für sie spielen, so Ferri.

Als Choreografin wird sie dabei ganz anders als derzeit Martin Schlepfer nicht in Erscheinung treten, was Zeit und Ressourcen freisetzen wird, um sich um die Kompanie und die Programmierung zu kümmern zu Rostich.

Zwei Häuser, Repertoirebetrieb, über 100 Personen und eine Ballettsakademie warten zukünftig auf die 60-jährige Tänzerin.

Eine große Herausforderung, der sie sich mit Enthusiasmus stellt.

Sagt Alessandra Ferri und die Nachrichten auf Englisch hat Astrid Nolte.

Die Leute kamen durch die Fälle, die sie auf dem Rücken von der Motorbikes gezogen haben.

Mit ihrem Leg auf einer Seite, die sie durch den Cloud-Fields gezogen haben.

Bezüglich der letzten Ressourcen, als das Militär von Israel sagt, es hat keine Intention, das Air-Strike auf den Gas zu reduzieren.

Und Jakob Amredor, ein former Advisor zum Premierminister Benjamin Natanjahu, sagt, die Situation sei kompliziert.

Wir machen viel Effort, um die Situation des Hostages zu verhindern.

Hamas ist eine statistische Organisation, der nicht die Namen der Menschen, die noch alive sind und die, die in ihren Händen sind, sagen.

Und wir wissen nicht, wie viele Hostages und viele, die live sind und wie viele, die da sind.

Der französische Präsident Manuel Macron war in Israel für Gespräche mit seinen counterparten, Yitzhak Herzog.

Er sagt, das erste Objektiv soll der Release von all den Hostages sein.

Das erste Objektiv, das wir heute haben, ist die Erleichterung von allen Städten, ohne eine Distinktion.

Denn es ist eine tolle Begründung, die mit den Kindern, Jungen und Soldaten zu spielen.

Und Ukraine hat die russischen Fortschritte, um die Stadt Avdivka, in der Donetskregion, auf die die Stadt von Abdivka, in der die Residenz sagt, sie sind unter fast constantem Attack.

Marina ist noch da.

Ich kann nicht mal nachts schlafen.

Messer fliegen jeden Abend, jeden Tag und Nacht.

Alle fühlen sich für sich.

Vor rund 1500 Menschen sind noch hier.

Sie leben hier.

Die meisten sind alt.

Sie bleiben hier, weil die meisten sind alt.

Wo können sie gehen?

Heute ist die Wetterzeit meistens übergekostet,

mit den Städten in den Westen und im Süden.

Top Temperaturen zwischen 11 und 21°C.

Und jetzt für die News in Deutschland mit Thomas Brandenberger.

Danke erst, Tweet.

Die israelische Luftwaffe hat nach eigenen Angaben in den vergangenen Stunden erneut hunderte Ziele im Gazerstreifen bombardiert

und dabei erneut auch mehrere Kommandanten der militanten Palästinenser-Organisation Hamas getötet.

Laut einem Sprecher wurden mehr als 400 Terrorziele getroffen.

Die Hamas selbst meldete mindestens 140 Tote.

Mehr als zwei Wochen nach Kriegsbeginn ist der französische Präsident Emmanuel Macron nach Israel gereist.

Man stehe an der Seite Israels und werde alles Mögliche tun, um Frieden und Stabilität für Israel und die Region zurückzubringen,

sagte Macron bei einem Treffen mit Präsident Izzak Herzog.

Herzog dankte Macron für seine Unterstützung, zeigte sich aber zugleich besorgt darüber, dass auch in Frankreich der Antisemitismus zunehme.

Seit 11 Uhr läuft in Wien die erste Runde der KV-Verhandlungen für die rund 430.000 Angestellten im Einzelgroß- und KFZ-Handel wie in den anderen Branchen dürfte eine Einigung schwierig werden.

Die wirtschaftliche Lage im Handel ist angespannt, zugleich herrscht noch immer eine hohe Inflation.

Die Gewerkschaft hat zu Beginn der Gespräche ihre Forderung überreicht.

Sie will ein Gehaltsbluss von 11 Prozent.

Von Arbeitgeberseite heißt es, man brauche kreative Lösungen.

In Polen haben sich die pro-europäischen Oppositionsparteien Bürgerkoalition Dritter Weg und Linke

nach eigenen Angaben auf eine Koalitionsregierung verständigt.

Regierungschef soll demnach der Chef der Bürgerkoalition der frühere EU-Ratspräsident Donald Tusk werden.

Ob Tusk auch den Auftrag zur Regierungsbildung erhält, ist aber noch unklar.

Präsident Ange Duda beginnt heute seine Konsultationen mit den Parlamentsparteien.

## [Transcript] Ö1 Journale / Mittagsjournal (24.10.2023)

Nach einem Zusammenstoß von zwei Frachtschiffen in der Nordsee konnte ein Seemann nur noch totgeborgen werden.

Zwei weitere wurden gerettet, vier werden noch vermisst.

Der Unfall ereignete sich rund 22 Kilometer südwestlich der Insel Helgoland.

Die Unglücksursache ist noch unklar.

Die Wettaussichten hat jetzt noch Simon Kühldorfer.

Ein Italien-Tief und eine Front bringen heute viele dichte Wolken und immer häufiger Regen.

So ist es aktuell auch in allen Landeshauptstädten bewölkt und es regnet in Salzburg, teilweise auch in Innsbruck und Bruggens.

Die aktuellen Temperaturen, Min- und Eisenstadt 13°, St. Bölten und Linz 12°, Salzburg und Innsbruck 14°, Bruggens und Graz 12° und Klagenfurt 15°.

Die Wolkendecke bleibt meist geschlossen, am Nachmittag und Abend beginnt es allmählich verbreitet zu regnen.

Am längsten Trocken bleibt es im Nordosten.

Vorher reichen die Temperaturen bei teils kräftigem Süd für 11 bis 19° vereinzelt über 20°.

Bis morgen früh hört es meist wieder auf zu regnen.

Der Mittwoch bringt Wolken, etwas Sonne und einzelne Schauer vor allem im Süden, gegen Abend auch in Vorarlberg.

Auch am Nationalfeiertag haben die Wolken das Sagen, etwas Regen ist an der Alpen-Nordseite dabei, dazwischen ist es aber stundenlang trocken und stellen wir es sonnig bei 10 bis 18°.

Das war das Mittagsschinal, Barbara Schieder, Gerhard Dormian und Paul Schiefer.

Danke fürs Zuhören.